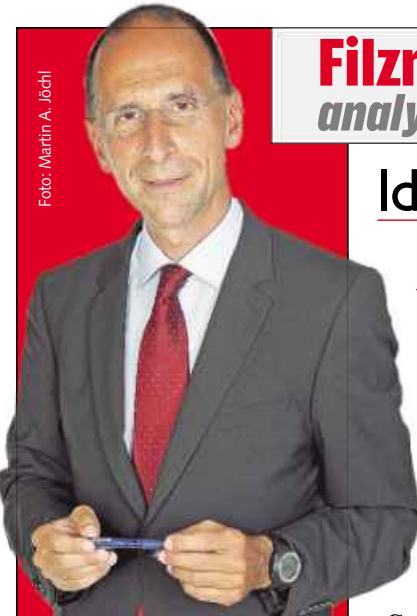


Genug gestritten – oder beste Feinde?

Filzmaier
analysiert ↗

Politiker und Parteien streiten dauernd. Sobald jemand eine Idee hat, sind alle anderen dagegen. Am Ende kommt nichts heraus außer Hickhack. Ist das wirklich so? Wenn ja, wer ist schuld daran? Und würden wir Bürger es besser machen?



Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1. Es ist eine Frage des Demokratie-modells, ob wir in der Politik Kompromisszwänge oder mehr Streit wollen. Mit krankhafter Streitlust der Politik oder – frei nach der Kabarettgruppe Hektiker – „Danke, ganz lieb!“ hat das wenig zu tun. In Österreich als Konsensdemokratie schreibt die Verfassung das Verhältniswahlrecht und somit meistens Koalitionen statt Einparteien-Regierungen vor. In Nieder- und Oberösterreich gilt sogar das Proporzsystem, in dem alle Parteien ab knapp zehn Prozent der Wählerstimmen Regierungssitze erhalten. Der Vorteil ist, dass mehrere oder gar alle Parteien an einen Tisch gebracht werden. Die politischen Lager sollen dort oder im Fernsehen streiten und nicht, wie im Februar 1934, aufeinander schießen.

2. Die Direktdemokratie ist bei uns auch deshalb schwach entwickelt, weil die Verfassungsgründer es weniger wollten, wenn im Extremfall nach einer Volksabstimmung 50,1 Prozent der Bevölkerung zu 100 Prozent recht behalten und 49,9 Prozent mit ihrer Meinung eben Pech hatten. Das würde Gräben vertiefen. Ebenfalls klar sind freilich die Nachteile:

Statt klarer Entscheidungen ist die Übereinstimmung in Koalitionen häufig derart klitzeklein, dass man sie selbst mit der Lupe kaum findet. Nach langen Streitgesprächen entsteht bloß ein Mini-Konsens, der das Land nicht weiterbringt und das Klischee von lauter unfähigen Politikern fördert.

3. Demgegenüber stehen Konfliktdemokratien mit einem Mehrheitswahlrecht. Das führt dazu, dass eine Partei und deren Regie-

rungspolitiker ihre Vorstellungen eher umsetzen können. Wer mehr als die Hälfte der Parlamentsabgeordneten hinter sich weiß, muss sich nicht mit einem Koalitionspartner herumschlagen. Zugunsten der größeren Effizienz werden allerdings Minderheitsinteressen womöglich nullkomma null berücksichtigt.

Was weder der Gerechtigkeit noch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient und längerfristig vielleicht viel heftigere Streitigkeiten auslöst.

4. Apropos Gesellschaft: Nicht allein das Verhalten der Politiker bestimmt, wie viel in der Politik gestritten wird. Je mehr Vielfalt es in einem Land gibt (was an sich sehr positiv sein kann), desto unterschiedlicher sind die Anliegen und Erwartungshaltungen der Wähler gegenüber den Parteien. Ein Bei-

spiel: Gibt es 100 statt zehn Berufsgruppen, so will als Arbeitsmarktpolitik immer öfter jeder etwas anderes.

Dasselbe gilt für Bürger der nicht gleichen Herkunft aus Groß- oder Kleinstädten, Umlandgemeinden und echt ländlichem Raum. Oder nach Alter, Familienstand, Einkommen oder Religion. Was hier je nach Standpunkt „gute“ Politik ist, muss ausgetritten werden.

5. Zu einfach ist die Behauptung, dass wir alle trotzdem durchs Reden zusammenkommen und lediglich Politiker das nicht schaffen. Na ja. Ein kurzer Blick in Internet-Foren und deren Hass-Postings beweist das Gegenteil.

Im wirklichen Leben gibt es vom Kleinkrieg im Gemeindebau oder der Gartensiedlung bis zu ständigen Intrigen privat und im Job genauso Dauerstreit ohne Kompromissfähigkeit. Daher ist es scheinheilig, Politiker pau-

schal als „Streithansln“ darzustellen. Weil einerseits inhaltliche Auseinandersetzungen nötig sind. Andererseits erwartet man von „seiner“ Partei geradezu, dass sie es Gegnerparteien so richtig reinsagt.

6. Parteien haben jedoch ein Zusatzproblem, da sie intern uneinig sind. Die SPÖ streitet seit 1986, ob und wo Koalitionen mit der FPÖ erlaubt oder verboten sind. Dasselbe gilt für die linke oder rechte Positionierung beim Thema „Ausländer“.

Die ÖVP zerfällt in Landesorganisationen sowie in Bünde der Angestellten, Bauern, Frauen, Jugend, Senioren und Unternehmer. Der gemeinsame Nenner ist ihr Lieblingssport, um mehr Macht zu kämpfen und den Bundesparteiobmann umzubringen.

7. Benennen sich Oppositionsparteien besser? Nein. Die FPÖ hat sich gleich mehrmals – siehe LIF, BZÖ und FPK – gespalten. In der blauen Re-

gierungszeit bis 2005 war Schlamm-Catchen um Einfluss und fragwürdige Geschäfte angesagt. Bei den Grünen gibt es seit der Gründung Fundamentalisten und Realisten, Fundis und Realos, und kürzlich beschimpften sich Eva Glawischnig und Peter Pilz rund um die Stammtischhoheit.

Sogar die neuen NEOS wurden bald von einigen Mitstreitern im Streit verlassen. Das Team Stronach ist eine Schlacht jeder gegen jeden.

8. Was ist die Moral der Geschichte? In der Sprachwissenschaft gibt es drei Steigerungsstufen – etwa schlimm, schlimmer und am schlimmsten. In der Politik sieht das oft so aus: Feind, Todfeind, Parteifeind. Das macht die Sache oft schwieriger als der Streit zwischen den Regierungsparteien oder von Regierung und Opposition.

Fotos: www.picturedesk.com (2), REUTERS, EXPA pictures



Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP).



FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache.



Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ).



Grünen-Chefin Eva Glawischnig.